



Hubertus Hencke
Fraktionsvorsitzender

Christina Musculus-Stahnke
stv. Fraktionsvorsitzende

Silke Jürgensen
stv. Fraktionsvorsitzende

Wolf-Dietmar Brandtner
Ratsherr

Presseinformation

Nr. 40/2013 Kiel, 19. April 2013

Wohnungspolitik – Kleine Anfrage der FDP-Ratsfraktion

Das Vorhaben der Verwaltungsspitze, die in der Drs. 0278/2013 genannten fünf städtischen Grundstücke für Wohnbebauung und unter der Vorgabe einer mindestens 30-prozentigen Quote geförderter Wohnungen zu veräußern, wirft Fragen auf. Diesen geht Ralf Meinke, bürgerliches Mitglied der FDP im Bauausschuss, mit einer Kleinen Anfrage zur Sitzung am 2. Mai nach und erklärt hierzu:

„Für diese Wohnungen können mögliche Investoren maximal 5,50 Euro Miete pro Quadratmeter verlangen, bei einer möglichen Gesamt-BGF von ca. 30.000 qm. Diese Mietobergrenze wird die Renditeerwartung möglicher Investoren verringern, was erwartungsgemäß den Kaufpreis drücken wird. Daher zu klären,

zu welchen Preissenkungen für die genannten Grundstücke es durch die genannte Mietobergrenze und die dadurch verringerte Renditeerwartung der Investoren kommen wird, zu welchen Mindereinnahmen im städtischen Haushalt diese führen und wie diese Mindereinnahmen kompensiert werden sollen.

Außerdem ist von Interesse, *inwieweit gerade diese Grundstücke mit Kaufpreisforderungen von zum Teil über 210 Euro pro Quadratmeter für den sozialen Wohnungsbau geeignet sind und ob sie in dieser Form einer gesunden Stadtteilentwicklung förderlich sind.*

Darüber hinaus heißt es in der Beschlussvorlage „Fortschreibung des Kieler Wohnungsmarktkonzepts 2007“ (Drs. 0267/2013): „Sollte es nicht gelingen, mit der lokalen Wohnungswirtschaft Vereinbarungen zur Schaffung zusätzlichen Wohnraums (...) zu schaffen, sollte die Landeshauptstadt Kiel eigene Aktivitäten erwägen. Solche Überlegungen könnten u. a. der Erwerb von Wohnungsbeständen durch die Stadt, die Mitbegründung einer (Bürger)Genossenschaft (...) die Gründung einer Stiftung mit lokalen Kooperationspartnern oder die Gründung eines städtischen Wohnungsunternehmens sein.“ Hier drängt sich die Frage auf,

in welchen finanziellen Größenordnungen sich die genannten „eigenen Aktivitäten“ der Stadt jeweils bewegen würden und wie sich die Oberbürgermeisterin deren Finanzierung vorstellt.“

V. i. S. d. P.

Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer